

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

2. Dezember 1947

Blatt 1417

Instandsetzung von zweieinhalbtausend Wohnungen

Im Monat November wurden insgesamt 574 Wohnungen wiederhergestellt. Dadurch können wieder 1.679 Personen untergebracht werden. Außerdem wurden 2.069 beschädigte Wohnungen repariert, sodaß sie nunmehr ohne Gefahr bewohnt werden können. Die Zahl der instandgesetzten öffentlichen Gebäude beträgt zwölf. Bei diesen Arbeiten waren 11.458 Arbeiter von 2.480 Firmen beschäftigt. Daneben wurden 53 Gebäude abgetragen und 52 zum Abbruch vorbereitet.

Erfassung der politischen Opfer nach dem neuen

Opferfürsorgegesetz

Anträge auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung und eines Opferausweises sowie auf Gewährung von Fürsorgemaßnahmen auf Grund des neuen Opferfürsorgegesetzes sind schriftlich bei den zuständigen Magistratischen Bezirksämtern einzureichen. Den Anträgen sind sämtliche Nachweise über die erforderlichen Voraussetzungen womöglich in beglaubigter Abschrift beizulegen. Nähere Auskünfte werden in den Magistratischen Bezirksämtern erteilt oder sind den dort angeschlagenen Kundmachungen zu entnehmen.

Fahrtausweise für Straßenbahn pensionisten

Die Wertmarken für die Fahrtausweise für 1948 werden in der Kartenausgabekasse 6., Rahlgasse 3, in der Zeit vom 8. bis 20. Dezember an Werktagen von 8 bis 13 Uhr, u. zw. für die Fahrtausweise mit geraden Kartennummern an geraden Tagen und die Fahrtausweise mit ungeraden Kartennummern an ungeraden Tagen ausgegeben. Mitzubringen sind: Fahrtausweis, letzter Pensionspostabschnitt und Meldezettel.

Besserstellung der städtischen Spitalsärzte

=====

Im Wiener Stadtsenat referierte heute Vizebürgermeister Honay über eine neue Dienstarweisung und eine Bezugsregelung für die Abteilungsärzte in den Krankenanstalten der Stadt Wien. Die neue Dienstarweisung beseitigt im wesentlichen die von der nationalsozialistischen Verwaltung im Jahre 1941 eingeführten Dienstbestimmungen nach den im Deutschen Reich geltenden Normen und stellt die in der ersten Republik bewährten, vom Gemeinderatsausschuß für Personalangelegenheiten im Jahre 1926 beschlossenen Dienstvorschriften, wieder her.

In diesem Zusammenhang erfolgte auch der Abschluß der seit 1945 mit der Wiener Ärzteschaft einerseits und der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten andererseits geführten Verhandlungen über eine Neuregelung der Bezüge der Wiener Spitalsärzte. Das Wesentlichste an dieser neuen Bezugsregelung ist die Schaffung von 200 Aspirantenstellen für solche junge Ärzte, die eine Anstellung als Sekundärärzte bei der Gemeinde anstreben, auf das Freiwerden einer solchen Stelle warten müssen und in dieser Zeit an einer städtischen Krankenanstalt als Ärzte arbeiten wollen. Diese sogenannten "Gastärzte" erhielten bisher von der Gemeinde keinerlei Vergütung, da sie in keinem wie immer gearteten Dienstverhältnis zur Gemeindeverwaltung standen. Unter ihnen befinden sich aber gerade jetzt Heimkehrer und ehemals politisch Verfolgte, die ihr Studium entweder erst später beenden konnten, oder die aus anderen sozialen Gründen trotz vorgeschrittenen Alters die zur Eröffnung einer eigenen Praxis erforderliche Spitalspraxis noch nicht absolvieren konnten. Die 200 Aspirantenstellen die nunmehr im Dienst der Gemeinde geschaffen werden, sollen vor allem Ärzten aus diesen Kreisen zugute kommen. Der Gemeinde Wien entsteht aus dieser Neueinführung eine finanzielle Belastung von rund 1.2 Millionen Schilling jährlich. Durch die Bezugsregelung werden auch die Bezüge der Assistenz- und Sekundärärzte erhöht.

In derselben Sitzung beschloß der Wiener Stadtsenat über Antrag des Vizebürgermeisters Weinberger eine Erhöhung des monatlichen Taschengeldes, das die Gemeinde Wien den Schülerinnen der Krankenpflegeschulen der Stadt Wien gewährt.

2. Dez. 1947

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1419

Einem weiteren Antrage des Vizebürgermeisters Weinberger entsprechend, wurde die Errichtung einer Rettungsstation in Inzersdorf beschlossen. Diese wird die Ortschaften Inzersdorf, Atzgersdorf, Erlaa, Siebenhirten, Vösendorf, Rot-Neusiedl, Oberlaa und Liesing mit ihren ausgedehnten Industrieanlagen betreuen. Der Rettungsstation Inzersdorf werden zwei hauptberufliche Ärzte und das erforderliche Hilfspersonal zur Verfügung stehen. Der Rettungs- und Gesundheitsdienst im südlichen Teil Wiens erfährt dadurch eine wesentliche und von der Bevölkerung sicher sehr begrüßte Verbesserung.